

tionalen Unternehmen zusammenschließen müssen, um zu überleben. Ein gutes Beispiel ist Pepsi-Cola. Zwei bis drei Jahre nach der Produktionsaufnahme in Indien hat Pepsi etwa 30 Prozent des indischen Marktes erobert. Wie sollen die einheimischen Parle-Produkte damit konkurrieren, wenn allein Pepsis Werbeetat größer ist als die Gesamtinvestitionen bei Parle. So schließt sich Parle mit Coca-Cola zusammen, um mit Pepsi-Cola konkurrieren zu können (siehe dazu auch Beitrag in dieser Ausgabe, d.Red.).

In den vergangenen Jahren haben Gewerkschaften mehrfach gegen diese Wirtschaftspolitik protestiert. Unter den organisierten Arbeitern und den Beschäftigten mittlerer Einkommenschichten, gibt es eine gewisse Resonanz auf solche Streikaufrufe. Doch darüber hinaus scheint kaum jemand von dieser Frage berührt zu sein. Liegt das möglicherweise daran, daß die Gewerkschaftsbewegung die meisten Menschen nicht erreicht?

An dem Generalstreik im September beteiligten sich auch eine Reihe von Mitgliedsgewerkschaften des INTUC ('Congreß'-naher Gewerkschaftsverband, d.Red.) und des BMS (BJP-nahe Arbeiterorganisation, d.Red.), obwohl sowohl die BJP als auch die 'Congreß'-Partei zu einem Boykott des Streiks aufgerufen hatten. Doch insgeheim sind diese Verbände gegen die neue Politik. Sie haben den Streik aus politischen Erwägungen heraus nicht unterstützt.

Warum entwickelt sich eine solche Opposition nicht im ländlichen Raum?

Die Auswirkungen auf die ländliche Bevölkerung sind wesentlich schwerwiegender als auf Industriearbeiter. Die Planungskommission hat festgestellt, daß die Realeinkommen der in der Landwirtschaft Tätigen in den letzten zehn Jahren um mehr als 40 Prozent gesunken sind. Trotz dieses Rückgangs sind die landwirtschaftlichen Arbeiter kaum organisiert. Es ist absolut notwendig für die Gewerkschaftsbewegung, sich auch den Problemen ländlicher Arbeiter und der ländlichen Bevölkerung im allgemeinen zu widmen. Wir müssen soziale Bewegungen im ländlichen Raum unterstützen und versuchen, das Bewußtsein der ländlichen Massen zu wecken.

Wie steht es um die Organisation von unorganisierten Arbeitern, von Gelegenheits- und 'Contract'-Arbeitern?

CITU hat in dieser Hinsicht einiges unternommen. Doch angesichts des Umfangs dieses Sektors sind unsere Bemühungen eher symbolischer Natur. So sind heute 85 Prozent aller Arbeitskräfte im unorganisierten Sektor beschäftigt. Die organisierten Arbeitskräfte umfassen nur einen ganz geringen Teil aller Beschäftigten.

(Übersetzung: Theo Ebberts)

Kaschmir: Zeit zur Umkehr

von Gautam Navlakha

Die Belagerung der Hazratbal-Moschee hat mehr internationale Aufmerksamkeit erregt, als der Regierung in Delhi lieb sein kann. Die neue US-Politik unter Bill Clinton, britische Parlamentarier, Menschenrechtsorganisationen, die Organisation Islamischer Staaten und das europäische Parlament nehmen immer häufiger zu Indiens Kaschmirpolitik Stellung und sorgen so für eine Internationalisierung des Problems. Und wirklich bedrohlich erscheint den Verantwortlichen in Delhi, daß Kaschmir noch in diesem Jahr zum Thema im Weltsicherheitsrat werden könnte. Gautam Navlakha nimmt die aktuellen Ereignisse und Äußerungen US-amerikanischer Politiker zum Anlaß, die indische Regierung zu einem Überdenken ihrer Kaschmirpolitik aufzufordern. Der Artikel erschien noch vor Beendigung der Hazratbal-Krise in der Zeitschrift 'Economic and Political Weekly' (Bombay) und wurde von Theo Ebberts übersetzt und bearbeitet.

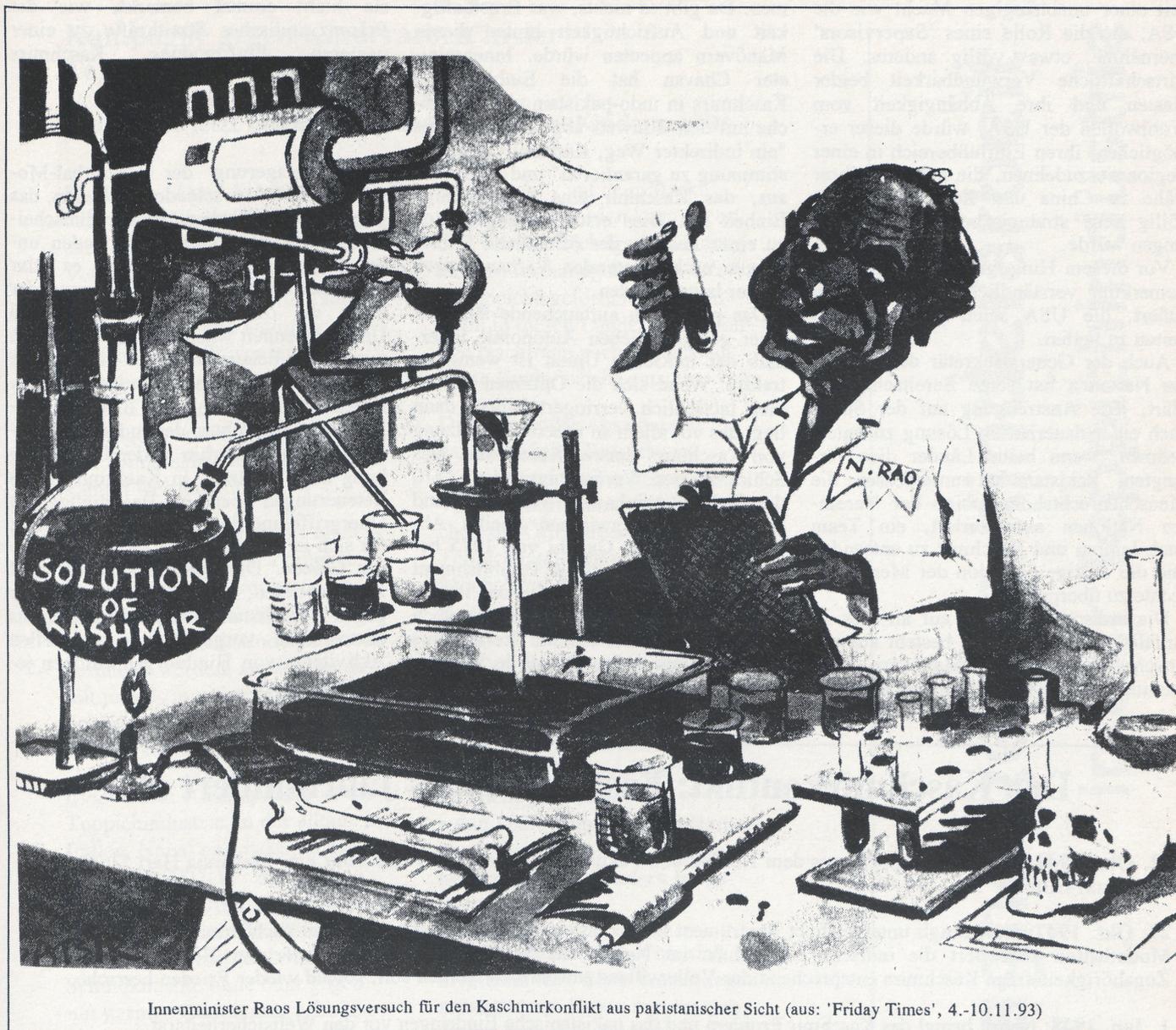
Unsere politische Elite hat die Tendenz, zwischen Fremdenhaß und -liebe hin und her zu schwanken. Dies wird deutlich an der Reaktion auf die Rede Bill Clintons vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der er von 'blutigen ethnischen und religiösen sowie Bürgerkriegen' sprach, die von 'Angola über den Kaukasus bis nach Kaschmir' wüteten. Von Regierungsvertretern und Kommentatoren wurde diese Bemerkung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Indiens verurteilt. Doch bis vor kurzem hat unser politisches Establishment noch versucht, in einer internationalen Kampagne über pan-islamischen Fundamentalismus und Pakistans Stellvertreterkrieg gegen Indien in Kaschmir, Pakistan auf die Liste terroristischer Staaten zu setzen. Die Weigerung der USA, dieser Forderung

nachzukommen, wurde als Abfuhr gewertet. Und in einer zynischen Zurschaustellung patriotischer Gefühle schlossen sich Mitglieder der kommunistischen Partei (CPI/M), der 'Bharatiya Janata Party' (BJP), der 'Janata Dal' und des 'Congreß' zusammen, um eine Parlamentariengruppe zusammenzustellen, die vor der UN-Vollversammlung Kaschmir als integralen Teil Indiens verteidigen und Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen zurückweisen sollte.

Unser ungeschicktes Umgehen mit dem Problem hat unsere Handlungsmöglichkeiten darauf reduziert, trilaterale Gespräche zwischen Indien, Pakistan und der Bevölkerung Kaschmirs zu initiieren oder eben hierzu unter Aufsicht des UN-Sicherheitsrates gezwungen zu werden.

Indiens Propaganda

Die Kampagne Indiens in Europa und den USA konzentrierte sich auf das Leiden der Hindubevölkerung des Kaschmirs und die Agressivität pakistanisch-inspirierten islamischen Fundamentalismus. Wiederholt wurde dabei mit verschiedenen 'Hindutva'-Organisationen (religiös-nationale Gruppen) zusammengearbeitet, die eine Heimat für die 'Pandits' Kaschmirs fordern. Doch ist diese Strategie kurzsichtig. Durch die Herausstellung religiöser Identitäten und die Charakterisierung des Konflikts als 'kommunalistisch', fördert die Regierung nicht nur die Haßkampagne der hindu-chauvinistischen Gruppierungen, sondern bestätigt ungewollt die eigene Rolle als Verteidigerin einer 'hinduisierten' Politik. Für jeden aufgeschlossenen



Innenminister Raos Lösungsversuch für den Kaschmirkonflikt aus pakistanischer Sicht (aus: 'Friday Times', 4.-10.11.93)

Beobachter ist es offensichtlich, daß Indiens Bild als ein moderner, säkularer und demokratischer Staat seit dem 6. Dezember 1992 stark gelitten hat (der Tag, an dem in Ayodhya die Babri-Moschee von Hindufanatikern niedergeworfen wurde). Wenn die Verantwortlichen dennoch den Kaschmirkonflikt als Problem pan-islamischen Fundamentalismus herausstellen, so nur, weil sie damit uneingeschränkten Gewalteinsetz rechtfertigen können. Dies wiederum legt die Vermutung nahe, daß das in Kaschmir herrschende Bündnis aus Sicherheits- und Geheimdienstkräften überhaupt nicht an einer Lösung des Problems interessiert ist. Dies trägt zur Internationalisierung des Problems bei.

Die US-Politik

Clintons Bemerkung ist nur im Zusammenhang mit verschiedenen außenpolitischen Anliegen der USA in Bezug

auf Indien zu verstehen. Dabei handelt es sich um das indische Nuklear-, Welt- und Raketenprogramm. Tatsächlich heißt es im Westen immer wieder, daß die Gefahr eines Atomkrieges zwischen Indien und Pakistan bestünde, solange die Kaschmirfrage nicht gelöst ist. Wie abwegig diese Vorstellung auch immer sein mag, unser Gerede über Pakistans Stellvertreterkrieg und die eskalierenden Spannungen zwischen beiden Ländern fördern solche Ängste.

Wie auch immer, die Haltung der USA zu Kaschmir ist schon seit längerem bekannt. Im April äußerte ein Mitglied des 'State Departements', Kaschmir sei "umstrittenes Territorium und jede Lösung muß die Wünsche der muslimischen und nicht-muslimischen Bevölkerung Kaschmirs berücksichtigen". Ohne Einzelheiten zu nennen, stellte Robin Raphel, eine stellvertretende Staatssekretärin des amerikanischen Außenministeriums, wieder die Idee einer

gemeinsamen indisch-pakistanischen Kontrolle über Kaschmir zur Debatte. Nun würden Verhandlungen einer solchen Lösung nicht unabhängige Vermittler verlangen, sondern internationale Überwachung mit sich bringen. Damit würde die US-amerikanische Rolle in diesem Teil der Welt sanktioniert. Durch Raphels Äußerungen vertrat die USA die Ansicht, daß in den letzten 20 Jahren das Shimla Abkommen nicht dazu genutzt worden sei, in Kaschmir eine Lösung herbeizuführen, "so daß nun neue Möglichkeiten erschlossen werden müssen".

Die verheerende US-militärische Intervention in Somalia (die von Indien durch die Bereitstellung von Truppen aktiv unterstützt wurde) sollte die USA eigentlich vorsichtig gemacht haben, über militärische Optionen nachzudenken. Doch in einer konfliktreichen Beziehung zwischen zwei Nachbarn wie Pakistan und Indien wäre die Anwesen-

heit einer unabhängigen Macht wie die USA, die die Rolle eines 'Supervisors' übernehme, etwas völlig anderes. Die wirtschaftliche Verwundbarkeit beider Staaten und ihre Abhängigkeit vom Wohlwollen der USA, würde dieser ermöglichen, ihren Einflußbereich in einer Region auszudehnen, die aufgrund ihrer Nähe zu China und Zentralasien eine völlig neue strategische Bedeutung erlangen würde.

Vor diesem Hintergrund wird Raphels Bemerkung verständlicher. Sie hatte geäußert, die USA seien bereit, beiden Seiten zu helfen.

Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat seine Bereitschaft erklärt, jede Anstrengung auf der Suche nach einer dauerhaften Lösung zu unternehmen, wenn beide Länder dies verlangen. Pakistan hat unterdessen die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen aufgefordert, ein Team nach Jammu und Kaschmir zu entsenden und die dortige Situation der Menschenrechte zu überprüfen.

Die indische Reaktion auf all dies ist einfalllos, überholt und besteht aus politisch-diplomatischen Manövern, um unmittelbaren Bedürfnissen nachzukom-

men. Da gibt es nichts, was Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit hinter diesen Manövern andeuten würde. Innenminister Chavan hat die Einbeziehung Kaschmirs in indo-pakistanische Gespräche mit dem Hinweis abgelehnt, dies sei "ein indirekter Weg, Kaschmir Selbstbestimmung zu garantieren" und setze voraus, das Kaschmir eine eigenständige Einheit sei. Dies erscheint unglaublich zu einer Zeit, in der öffentliche Forderungen nach trilateralen Verhandlungen immer lauter werden.

Das periodisch auftauchende Angebot einer größtmöglichen Autonomie innerhalb der indischen Union ist wenig attraktiv. Wenn sich die Optionen für Indien tatsächlich verringert haben, dann liegt das vor allem an unserer Verletzung von Kaschmirs innerer Autonomie. Das Schicksal des Verfassungsartikels 370 der Delhi-Vereinbarung von 1952 und das Abkommen zwischen Sheikh Abdullah und Indira Gandhi von 1975 beweisen, daß das politische Establishment in der Vergangenheit noch in den letzten vier Jahren weder etwas gelernt noch unternommen hat, was ein Verständnis des Problems andeuten würde. Unsere politische Elite ist so realitätsfern, daß

sie nicht einmal bemerkt, wie die Präsenz indischer Streitkräfte zu einer weiteren Entfremdung Kaschmirs beiträgt.

Die Realität

Die Belagerung der Hazratbal-Moschee hilft auf verschiedenen Wegen, das gegenwärtige Denken unserer Entscheidungsträger zu erklären. Für jeden unbeteiligten Beobachter dürfte es klar sein, daß unabhängig vom Ausgang der Krise die öffentliche Abneigung und Unzufriedenheit wachsen wird. Dennoch wird die Belagerung als eine große Möglichkeit gesehen, die Initiative in Kaschmir zu übernehmen. Doch die eigentlichen Absichten der indischen Politik bestehen weiterhin in der Unterdrückung der 'Militanz' in Kaschmir. Alles Beteuerungen über eine Beendigung der Übergriffe und darüber, die Bevölkerung für sich zu gewinnen, ist nichts als schönes Gerede. Darüberhinaus ist es nicht zu akzeptieren, wenn die Regierung nur gegen 'Khalistanis' und Mujaheddins entschlossen vorgeht, die kriminellen Aktivitäten von Hinduorganisationen jedoch ignoriert.

Der Kaschmirkonflikt: Fast ein halbes Jahrhundert alt

22. Okt. 1947: 'Stammesgruppen' aus dem Norden und Pakistanis dringen nach Kaschmir ein. Maharaja Hari Singh bittet Indien um Hilfe.

27. Okt. 1947: Hari Singh unterzeichnet 'Instrument of Accession'. Indische truppen werden nach Srinagar entsandt. Lord Mountbatton akzeptiert die indische Übernahme im Namen der britischen Regierung unter der Bedingung, daß die Zugehörigkeitsfrage Kaschmirs entsprechend des Volkswillens entschieden werden soll, sobald wieder Frieden herrsche.

1. Jan. 1948: Nehru bringt das Kaschmir Problem und das pakistanische Eindringen vor den Weltsicherheitsrat.

Mai 1948: Reguläre pakistanische Truppen dringen nach Kaschmir ein.

13. Aug. 1948: Eine UN-Resolution fordert einen Waffenstillstand, Rückzug der pakistanischen Truppen von den durch sie besetzten Gebieten und die Durchführung einer Volksabstimmung.

1. Januar 1949: Waffenstillstand tritt nach einer Initiative Großbritanniens in Kraft.

1951 - 1954: Die verfassungsgebende Versammlung stimmt im Artikel 370 der Verfassung dem Anschluß Kaschmirs an Indien zu. Die verfassungsgebende Versammlung Kaschmirs stimmt dem Artikel zu und löst sich auf.

Dez. 1962 - Mai 1963: Zahlreiche Gespräche zwischen den Außenministern Indiens und Pakistans, Swaran Singh und Zulfikar Ali Bhutto, die jedoch ohne Ergebnis bleiben.

1965 -66: Krieg zwischen Indien und Pakistan; Waffenstillstand kommt auf Vermittlung der Sowjetunion zustande.

Juli 1972: Indira Gandhi und Zulfikar Bhutto unterzeichnen das Abkommen von Shimla, in dem sie vereinbaren, auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten und alle noch ungeklärten Fragen, einschließlich des Kaschmir Problems, in bilateralen Verhandlungen zu klären.

1989: Auf Druck der USA beginnen Rajiv Gandhi und Benazir Bhutto mit ernsthaften Diskussionen zur Lösung des Kaschmir Problems. Rajiv Gandhi verliert die Parlamentswahlen, wodurch diese Gespräche beendet werden.

November 1993: Indien und Pakistan vereinbaren neue Gespräche für 1994.